## Forderungen der IG Metall

**Aus diesen Anforderungen der Menschen leitet die IG Metall folgende Forderungen an die Politik ab:**

**1. Die Menschen wollen, dass es gerecht zugeht in der Gesellschaft!**

- Die IG Metall schlägt vor, die **Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I** für ältere Arbeitslose auf bis zu 36 Monate zu verlängern, um älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die arbeitslos werden, Hartz IV zu ersparen. Für die **Hartz-IV**-Bezieher und -Bezieherinnen sind die Regelsätze auf den von den Wohlfahrtsverbänden geforderten Betrag von 440 Euro zu erhöhen.

- Die IG Metall fordert, dass Branchen, in denen tarifliche **Mindestlöhne** vereinbart wurden, ins Entsendegesetz aufgenommen werden. Für die Branchen, in denen keine oder keine repräsentativen Tarifvertragsstrukturen existieren, muss eine Lohnuntergrenze gesetzlich verankert werden.

- Strategien im **Kampf gegen die Armut** müssen an der Erwerbsarbeit ansetzen: Der fortschreitenden Prekarisierung von Arbeit (insbesondere Befristungen und Leiharbeit) muss Einhalt geboten werden. Außerdem gilt: Je geringer die formale Bildung, desto höher das Armutsrisiko. Die soziale Selektion über den Bildungsbereich muss überwunden werden.

- Eine wirksame **Regulierung der Finanzmärkte** ist dringend notwendig. Dazu gehört eine demokratische und effiziente Finanzaufsicht auf internationaler Ebene ebenso wie die angemessene und international einheitliche Besteuerung von Finanztransaktionen.

**2. Die Menschen wollen Arbeit – sicher und fair**

- Die IG Metall fordert: **Keine Entlassungen in der Krise!** Mit Kurzarbeit und dem Bürgschaftsrahmen für Unternehmensfinanzierung stehen erste wirkungsvolle Instrumente zur Beschäftigungssicherung zur Verfügung. Das wird aber nicht ausreichen, zumal die Banken dringend notwendige Kredite verweigern. Deshalb fordert die IG Metall einen bundesweiten Beteiligungsfonds zur Unternehmenssicherung (public equity), mit dem die öffentliche Hand Beteiligungen an Unternehmen der Realwirtschaft übernehmen kann. Dieser Fonds muss mit mindestens 100 Mrd. € ausgestattet werden. Er wird durch eine Zukunftsanleihe auf große Vermögen finanziert.

- Die Krise verschärft den Druck auf die Menschen am Arbeitsplatz, z. B. durch wachsende Arbeitsintensität. Was die Betriebe heute beim Schutz von Gesundheit sparen, wird die Gesellschaft in Zukunft in Form von Krankheit, Erwerbsminderung und Arbeitslosigkeit zu zahlen haben. Die IG Metall

fordert ein Präventionsgesetz, das **Prävention und Gesundheitsförderung** als eigenständige Säule im Gesundheitssystem etabliert. Die betriebliche Gesundheitspolitik ist dringend aufzuwerten, die gesetzlichen Mindestanforderungen sind durchzusetzen.

- **Leiharbeit** ist kein Sprungbrett in den ersten Arbeitsmarkt, sondern wie die aktuelle Wirtschaftskrise zeigt, eine der unsichersten Beschäftigungsformen überhaupt. Die IG Metall fordert, dass Leiharbeit begrenzt wird. Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz muss geändert werden. Ab dem ersten Tag der Beschäftigung muss im Entleihbetrieb das Prinzip der Gleichbehandlung beim Entgelt und den übrigen Arbeitsbedingungen gelten. Ausnahmen darf es nur für tarifgebundene Entleihbetriebe auf der Basis eines repräsentativen Tarifvertrages für die Dauer einer dort definierten Einarbeitungszeit geben. Das abgeschaffte Synchronisationsverbot ist wieder einzuführen, d. h. Leiharbeitnehmer und Leiharbeitnehmerinnen dürfen nicht entlassen werden, wenn der Einsatz im Entleihbetrieb beendet ist. Die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats im Entleihbetrieb sind zu stärken.

### 3. Die Menschen wollen im Alter sorgenfrei leben

- Die Lebensleistung von Menschen wird entwertet, wenn die Rente nicht zum Leben reicht. Die IG Metall fordert, dass die gesetzliche Rente wieder einen deutlich höheren Beitrag zur **Sicherung des Lebensstandards** im Alter leistet. Dabei kommt auch der betrieblichen Altersversorgung ein Teilauftrag zu. Deshalb fordert die IG Metall eine Pflicht der Arbeitgeber, Beschäftigten eine betriebliche Altersversorgung anzubieten oder, wo dies nicht möglich ist, sich an der Privatvorsorge der Arbeitnehmer zu beteiligen.

- Die **Rente mit 67** stellt die Menschen vor ein großes Problem: Schon heute können die wenigsten bis 65 arbeiten, weil ihre Gesundheit das nicht mitmacht. Deshalb fordert die IG Metall flexible Übergänge bis zum und vor dem 65. Lebensjahr. Aufgrund der Wirtschaftskrise und zur Entlastung des Arbeitsmarktes schlägt die IG Metall ein „Sofortpaket Beschäftigungsbrücke“ vor. Ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen müssen zugunsten von jüngeren Menschen früher in Rente gehen können. Die auslaufende öffentliche Förderung der Altersteilzeit durch die Bundesagentur für Arbeit muss auch nach 2009 fortgesetzt werden.

- Die IG Metall will die **schrittweise Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung.** Auch Selbständige, Politiker und Beamte müssen dann Beiträge zahlen. Das ist solidarisch und ein Gewinn für die gesamte Gesellschaft.

**4. Die Menschen wollen Arbeit und Leben besser miteinander vereinbaren können**

- Um Beruf und Familie bzw. Privatleben besser miteinander vereinbaren zu können, sind neue Arrangements für lebensweltliche Perspektiven zu treffen. Das Ziel muss dabei sein, verbindliche **Zeitsouveränität für Beschäftigte** sicherzustellen: Die Menschen wollen und brauchen planbare Zeiten für Familie und Freunde, für Kultur und Sport, für bürgerschaftliches, politisches und soziales Engagement. Die vielfältigen Tätigkeiten des Lebens dürfen nicht nur nacheinander – oder gar nicht – sondern müssen nebeneinander ausgeübt werden können.

- Wir fordern deshalb unter dem Leitbild **„Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Privatleben"** sämtliche gesetzlichen und betrieblichen Normen und Regulierungen zu überprüfen und zu modifizieren.

- Wir fordern überdies die flächendeckende Verfügbarkeit qualitativ hochwertiger ganztägiger Betreuungseinrichtungen für Kinder jeden Alters, wohnortnahe Beratungsangebote sowie ein bedarfsgerechtes Angebot von Pflegedienstleistungen.

**5. Die Menschen wollen ein gute Zukunft für ihre Kinder**

- Jugendliche benötigen ein **ausreichendes Angebot an vollqualifizierenden betrieblichen Ausbildungsplätzen.** Auch die Anstrengungen des Ausbildungspakts haben nicht dazu geführt, jedem Bewerber einen Ausbildungsplatz anzubieten. Freiwillig übernimmt die Wirtschaft keine gesellschaftliche Verantwortung. Deshalb brauchen wir eine gesetzliche Umlagefinanzierung.

- Die IG Metall fordert ein **Investitionsprogramm zur besseren Ausstattung** und Förderung von Ganztagskindergärten, flächendeckende Ganztagsschulen, eine Ausweitung des BAföG und Wiedereinführung des Schüler-Bafög und die Abschaffung aller Bildungsgebühren vom Kindergarten bis zur Hochschule. Mit mehr Investitionen in die Bildung lässt sich auch die die ungleiche Verteilung von **Bildungschancen** bekämpfen. Gerade für die Schulen gilt: Sie sind nach wie vor ständisch organisiert, d. h.: Der Bildungserfolg orientiert sich am Einkommen und dem beruflichen Status der Eltern. Deshalb fordert die IG Metall eine „gute Schule für Alle".

- Eine wirkliche **Bildungsreform** lässt sich nicht im föderalen Nebeneinander lösen, sondern nur durch eine nationale Bildungsstrategie von Bund, Ländern und Kommunen. Außerdem fordern wir ein Bundesgesetz für Weiterbildung, das rechtlich garantierte Lernzeiten, mehr Beratung, die Finanzierung und eine bessere Qualitätssicherung und Zertifizierung regelt.

- Der **Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen** ist eine wesentliche globale Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Die IG Metall fordert, Klimaschutz, Ressourceneffizienz und den Umstieg zu regenerativen Energien durch verbindliche gesetzliche Normen und eine gezielte Förderpolitik voranzutreiben.